

26.01.2024

Das Potsdamer Treffen rechtsextremer Kräfte beurteilt von Dr. Manfred Pohl

Am 25.11.2023 hat ein weiteres Treffen rechtsextremer Kräfte stattgefunden, diesmal in Potsdam. In der offiziellen Rhetorik wird es als AfD-Treffen bezeichnet. Aber man kann mühelos erkennen, daß das Treffen durch die Regierenden bewußt als Mittel zur Propaganda gegen die AfD ausgeschlachtet wird.

Zunächst ist es doch wohl ein sehr merkwürdiges „AfD-Treffen“, wenn neben drei AfD-Mitgliedern auch vier CDU-Mitglieder dabei sind, deren Parteizugehörigkeit von der Recherchegruppe „Correctiv“ aber nicht genannt wird. Die werden deshalb nicht als CDU-Mitglieder genannt, weil doch die CDU noch immer von einer „Brandmauer“ zur AfD spricht. Offenbar ist die aber aus Papier gefertigt und scheint mit Benzin getränkt zu sein. Wenn dann auch noch der österreichische extrem rechte Martin Sellner dabei ist, der ja nun überhaupt nicht autorisiert ist, in der deutschen Politik mitzureden, verkommt das ganze Treffen zu einer Veranstaltung von Schwätzern ohne politische Bedeutung. Ein „AfD-Treffen“ ist es allenfalls nicht. Es dürfte unseren Staatsorganen keine nennenswerten Probleme bereiten, solche Treffen ohne viel Aufhebens zu unterbinden, wenigstens aber ihre öffentliche Wirksamkeit auszuschalten. Dazu bedarf es keiner Recherchegruppe „Correctiv“, die dessen Bedeutung nur unnötig aufbläht. Seine Aufwertung zu einem AfD-Treffen ist deshalb sehr leicht als gezielte Propaganda gegen die Partei zu erkennen, die der Regierung unliebsam ist und um jeden Preis diffamiert werden muß.

Wenn ich aber dennoch einmal auf den Inhalt eingehe, werden eklatante Deutungsfehler sichtbar. Man stürzt sich auf den Begriff Remigration und deutet ihn in ganz eigennütziger Weise. Man darf jedoch davon ausgehen, daß es bei dem Begriff Remigration nicht um die Menschen geht, die hier geboren sind, deutsch sprechen, deren Heimat Deutschland ist, die ihrer Arbeit nachgehen, Steuern zahlen und integrierte Mitglieder der Gesellschaft sind. Schließlich gilt auch bei uns die Regel, wer in Deutschland geboren ist, ist Deutscher, gleichgültig, woher seine Vorfahren stammen. Genauso, wie zum Beispiel in den USA. Es sind weltweite Gepflogenheiten. Für andere Verfahrensweisen müssen die Vorfahren widersprechen.

Die Remigration betrifft die Menschen, die zu uns gekommen sind, um sich ein besseres Leben zu gestalten, ohne daß in ihrem Herkunftsland ein Asylgrund besteht, also eine Gefahr für Leib und Leben. Für sie besteht kein Bleiberecht. Sie sind in unser Sozialsystem eingewandert, nutzen mit behördlichem Zuspruch die Vergünstigungen, ohne jemals etwas für unser Land geleistet zu haben. Meist sind es Menschen, die gar keine Integration beabsichtigen, die vielmehr einen Staat im Staate installieren, im geringeren Fall nur an den Sozialleistungen teilhaben wollen. Wenn dann solche Menschen auch noch einreisen wollen, ohne sich mit einem Personaldokument identifizieren zu können, unsere Behörden über ihre Herkunft täuschen und belügen, ist ihr Aufenthalt überhaupt nicht zu dulden.

Es geht also darum, diese ausufernde Sozialmigration nach Deutschland zu unterbinden, nicht aber um die Vertreibung von Deutschen mit ausländischen Wurzeln. Aber der Begriff Remigration wird in der öffentlichen Diskussion nur in der unmäßigen Deutung von regierungstreuen Politikern im Sinne von Deportation benutzt. Seine Wahl als Unwort des Jahres 2023 bestätigt das.

Und diese Sozialmigration ist ein Verschulden der vorangegangenen und der gegenwärtigen Regierung, die beide durch eine Politik der falschen Signale, mit antiautoritärem Herangehen, mit unangemessenen Zuwendungen, bevorzugter Behandlung auf

dem Wohnungsmarkt, kurz, einer fehlinterpretierten sogenannten „Willkommenskultur“, den Zulauf nachhaltig verstärken. So ist zum Beispiel völlig unbegreiflich, daß Ukrainer, nur weil sie Kriegsflüchtlinge sind, in Deutschland ohne Beantragung Bürgergeld erhalten und Rente nach den ukrainischen Gesetzen zum Renteneintrittsalter beantragen können. Ebenso unbegreiflich ist die Auffassung, den deutschen Fachkräftemangel durch Einwanderung bewältigen zu wollen, aber die Ausbildung der eigenen Heranwachsenden zu unterlaufen, indem sie mit Bürgergeld und einer beabsichtigten Jugendzuwendung im fünfstelligen Eurobereich, einem sogenannten „Grunderbe“, zum Faulenzen erzogen werden.

Aus all dem Gesagten muß man deshalb sehr dringend aufpassen, daß die vielen Menschen, die derzeitig berechtigt für die Erhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung gegen Rechtsextremismus protestieren, nicht getäuscht, belogen und manipuliert werden. Zur Zeit triumphiert in der öffentlichen Politik ein ausgeprägter Populismus. Die AfD wird insgesamt mit einer Nazipartei gleichgestellt, das Potsdamer Treffen sei ein „menschenverachtendes“ AfD-Treffen gewesen, die AfD wird eins zu eins mit Björn Höcke gleichgesetzt, und viele Hetztiraden befeuern die öffentliche Szene. Das alles ist nicht stichhaltig und widerspricht bestätigten Tatsachen. Auf diese Weise wird der Kampf gegen Rechtsextremismus zu einem Kampf gegen die AfD umgedeutet und reduziert.

Wenn der Verfassungsschutz die AfD beobachtet, dann muß er folgerichtig auch die Grünen unter Beobachtung stellen, die während ihrer gesamten Regierungszeit massiv gegen das Grundgesetz und gegen Bevölkerungsmehrheiten gearbeitet haben. Falls nicht, gerät er in Verruf, nicht das Grundgesetz zu schützen, sondern eine unfähige Regierung retten zu wollen.

Wenn in verschiedenen Kreisen ein AfD-Verbot in Erwägung gezogen wird, so muß das mit gleichen Überlegungen auch für die Grünen erfolgen, die durch eine Konzentration von bildungsfernen Funktionsträgern sehenden Auges Deutschland in den Ruin treiben. Und ganz sicher gilt das auch für andere Parteien, die mit ihnen unisono arbeiten.

Die gesamte gegenwärtige Regierungspolitik ist geprägt von Propaganda und Agitation zur Rettung ihres eigenen Bestehens, sie steht (wieder einmal mehr) gegen die Meinung der Bevölkerung, die mehrheitlich die Ablösung der autokratischen Parteidiktatur und die Wiederherstellung demokratischer Machtstrukturen fordert. Die AfD steht ihr dabei im Wege. Der exorbitante Antiautoritarismus gegenüber jedermann mit Ausnahme der deutschen Bevölkerung ist unser grünes Freifahrtsignal in den Untergang.